

Mitteilung des Senats vom 5. April 2005

Bedeutung und Nutzen von Geoinformationen für Bremen und Bremerhaven

Die Fraktionen der CDU und der SPD haben unter Drucksache 16/507 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die vorgenannte Große Anfrage wie folgt:

1. Wie bewertet der Senat die wirtschaftliche Nutzung bei der Gewinnung, Verarbeitung, Verbreitung und Nutzung von Geodateninformationen?

Die Nutzung von Geoinformationen hat ein hohes wirtschaftliches Potenzial, und kann sich zu einem Marktsegment mit bedeutender Wertschöpfung, qualifizierten Arbeitsplätzen und hochinnovativen Produkten entwickeln, von dem wichtige Impulse für die Wirtschaft ausgehen.¹⁾ Der deutsche Markt für Geoinformation erreichte im Jahr 2000 ein Volumen von 110 Mio. € und sicherte 7000 Arbeitsplätze. Das für Deutschland prognostizierte Wachstumspotenzial wird mit 10 bis 30 % jährlich beziffert.²⁾

Für Bremen ist aus einer offensiven und effektiven Nutzung von Geoinformationen in mehrfacher Hinsicht ein wirtschaftlicher Nutzen zu erwarten, der zur Standortprofilierung beitragen kann, wenn es gelingt, mit Anwendungsentwicklungen frühzeitig an den Markt zu gehen. Zu nennen sind hier insbesondere:

- Nutzen für die bremische Wirtschaft, die am UMTS-Standort mit dem Know-how der ortsansässigen IT-Unternehmen optimale Voraussetzungen für den Geoinformationssektor vorfindet und bereits über eine technologische Plattform³⁾ verfügt, die für den Aufbau von Applikationen für mobile Geodatenanwendungen genutzt werden kann. Daneben ist von der Firma Bonsai Deutschland in Bremen ein Testmarkt geschaffen worden, der durch die Nutzung von Geodaten neue Potenziale entwickeln kann und mit dem Ansätze für Applikationen auf ihre Marktfähigkeit überprüfbar werden.
- Nutzen für die bremischen Verwaltungen als Beitrag zur Optimierung von Geschäftsprozessen.
- Nutzen für die Bürger, die sich im Internet auf Karten oder Luftbildern zeit- und kostensparend z. B. die örtlichen Infrastruktureinrichtungen, wie Schulen, Kindergärten oder ÖPNV-Anbindung anzeigen lassen.

Der bisherige Umgang mit Geodaten ist in Bremen, wie auch in anderen Ländern, weitgehend ungeordnet. Das ist einerseits darin begründet, dass Geodaten bei verschiedenen Stellen mit der jeweiligen fachlichen Blickrichtung erhoben und aktuell geführt werden – fachneutral betrachtet, zum Teil redundant. Auf der anderen Seite aktualisieren die Anwender nicht selten die einmal bezogenen Daten für ihre eigenen Zwecke aus Kostengründen selbst und es entsteht somit insgesamt ein erhöhter Fortführungsaufwand. Davon betroffen sind z. B. alle Ressorts, die bisher die Lage öffentlicher Liegenschaften in eigenes Karten-

1) Studie des BMWA „Der Markt für Geoinformationen: Potenziale für Beschäftigung, Innovation und Wertschöpfung“.

2) Große Anfrage im Bundestag zur Nutzung von Geoinformation in der Bundesrepublik Deutschland (DR 14/3214 und 14/4139).

3) siehe www.mobile-bremen.de.

material eintragen (Finanzen; Wirtschaft und Häfen; Bau, Umwelt und Verkehr; Bildung und Wissenschaft u. a.).

Erst seit kurzer Zeit sind praxisreif einsetzbare standardisierte Werkzeuge verfügbar, die eine interoperable⁴⁾ Datennutzung via Internet ohne besonderen Technik-Aufwand beim Internet-Nutzer erlauben. Diese bilden zusammen mit den im Internet verfügbaren Geodaten die Geodaten-Infrastruktur (GDI).

Das Neue dieser Lösung ist, dass die Fachdatenerzeuger (wie z. B. die Fachverwaltungen oder Private) ihre ohnehin aktuell zu führenden Geodatenbestände auf einem eigenen Internetserver vorhalten, auf den autorisierte Nutzer jederzeit zugreifen können. An einem Beispiel visualisiert: Die Verwalter der bremischen Liegenschaften im Sondervermögen dokumentieren ihre aktuellen Immobilienbestände mit Angabe der postalischen Adressen in (digitalen) Listen und stellen diese über einen Internet-Server zur Nutzung bereit. Um diese Fachdaten für die Praxis der Immobilienverwaltung nutzbar zu machen, wird die Liste mit Hilfe der GDI in eine Kartendarstellung aller kommunalen Liegenschaften umgesetzt. Diese Liegenschaften lassen sich auf der Basis der amtlichen Katasterkarte präsentieren, welche ebenfalls auf einem (anderen) Internetserver der Vermessungs- und Katasterverwaltung neben anderen digitalen Karten ständig im Zugriff steht. So wird es ermöglicht, dass jeder (befugte) Nutzer über ein „Geoportal“ im Internet die Fachdaten „Bremische Immobilien“ und „Katasterkarte“ auswählen und diese online auf seinem Bildschirm übereinander projizieren kann. Möchte er zusätzlich das Luftbild einsehen, kann er dies mit den bereits gewählten Fachdaten überlagern und, sofern die Katasterkarte nunmehr stört, diese dafür ausblenden. Er kann sich also Inhalte einer Kartendarstellung beliebig zusammenstellen – sofern diese Inhalte im Internet verfügbar gemacht worden sind (mögliche weitere Inhalte wären: Hinweise auf Biotope, Denkmalschutz, Altlasten, Statistikdaten, Photos etc.). Neben der geschilderten Möglichkeit, Karteninhalte für das spezielle Informationsbedürfnis individuell zusammenzustellen, hat der Nutzer zusätzlich den Vorteil, dass er immer auf die aktuellsten Original-Daten der jeweils zuständigen Fachdienststellen zugreift. Das kosten- und arbeitsaufwändige Beschaffen und das Vorhalten von Zweit-Datenbeständen auf dem eigenen Rechner sind damit hinfällig.

Effektivitätssteigerungen in Wirtschaft und Verwaltung, die mit Hilfe einer funktionierenden Geodateninfrastruktur, das heißt mit den dafür erforderlichen und verbindlich eingehaltenen Standards und Normen, einem breiten Angebot an verfügbaren Daten und der dafür erforderlichen Technik erzielt werden sollen, wurden in Untersuchungen wie folgt beschrieben:

- 5 bis 20 % Einsparung von Arbeitszeit für Informationsbeschaffung und Auskünfte an Dritte⁵⁾, die zum Beispiel aus der Informationsverpflichtung des neuen Umweltinformationsrechts resultieren, bei gleichzeitig verbesserter Qualität der Informationen durch Zugriff auf top-aktuelle Daten;
- Einsparungen innerhalb der öffentlichen Verwaltungen und den Sonderhaushalten, weil Mehrfacherfassungen oder das Vorhalten redundanter Datenbestände entfallen;
- Kosteneinsparung auf Nutzerseite durch kostenfreie GDI-Dienste, die eine Nutzung von Geodaten über handelsübliche PC mit Internet-Browser ohne zusätzliches Plugin⁶⁾ erlaubt;
- Kosteneinsparung auf Nutzerseite durch die Beschränkung des Erwerbs von Karten auf die aktuell benötigten Ausschnitte und Inhalte über das rund um die Uhr nutzbare Internet. Der Nutzer kann somit darauf verzichten, das gesamte digitale Kartenwerk zu erwerben und spart die Kosten für

4) interoperabel: einheitlich strukturierte Daten können in jedem beliebigen System visualisiert und verarbeitet werden, sofern alle diese Systeme einheitliche Standards unterstützen (Prinzip „Stromnetz“: In das Stromnetz speisen viele Versorger ein. Nutzer können mit Endgeräten, an denen lediglich der Schuko-Stecker genormt sind, den Strom für beliebige Zwecke nutzen.).

5) Quelle: Realisierungskonzept Geodateninfrastruktur für die Freie Hansestadt Bremen (GDI.FHB) der CeGi Center for Geoinformation, Dortmund; siehe www.geodaten-management.bremen.de unter: „Download“ – Passwort: gdi2004.

6) plugin: Spezial-Software, die ohne GDI auf dem PC installiert werden muss, um z. B. Karten aus dem Internet zu visualisieren.

die Verwaltung der mit digitalen Karten einhergehenden sehr große Datenmengen auf seinem Rechner;

- Beschleunigung von Geschäftsprozessen und Verfahrensabläufen.

Weitere positive Effekte ergeben sich durch

- eine intensivere Nutzung von Geodaten, die über eine GDI erstmalig einem größeren Nutzerkreis bekannt und zugänglich gemacht werden. Aufgrund der Verfügbarkeit relevanter Daten „just-in-time“ lässt sich kurzfristig top-aktuelles und umfassenderes Ausgangsmaterial für Entscheidungen und Wertschöpfungsprozesse generieren und durch Auswertung vorhandener Bestände gegebenenfalls auf eigene kostenintensive Datenerhebungen verzichten;
- die Nutzung für ein effizientes Flottenmanagement (z. B. Polizei, Feuerwehr);
- den Rückgriff auf vorhandene Geodaten und damit verbesserte Informationen in der nichtpolizeilichen operativen Gefahrenabwehr (Feuerwehr), der repressiven und präventiven Kriminalitätsbekämpfung (Polizei) und im Katastrophenschutz (u. a. Deichverbände);
- die Verbesserung von Grundlagen für betriebswirtschaftliche Entscheidungen, z. B. bei der Standortwahl von Unternehmen;
- das breit gefächerte Angebot von Fachinformationen, auf dessen Grundlage IT-Produkte und Dienstleistungen entwickelt werden können;
- die Nutzung der Geodateninfrastruktur in neu zu entwickelnden E-Government-Verfahren, wie formale Beteiligungsverfahren (z. B. Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange oder betroffenen Bürgern in Bauleitplanverfahren oder Umweltprüfungen).

Die EU-Kommission geht in ihrem Vorhaben „Aufbau einer Raumdaten-Infrastruktur in der Gemeinschaft“ (INSPIRE⁷) davon aus, dass der volkswirtschaftliche Nutzen durch eine EU-weite GDI deren Kosten um das Sechsfache übersteigt.

2. Inwieweit liegt im Land Bremen eine Konzeption und die Umsetzung eines zentralen Geodaten-Managements (Senatsbeschlüsse vom 18. September 2001 und 3. Juni 2003) vor, um einen effizienteren Einsatz vorhandener Geodaten für die Zukunft sicherzustellen?

Mit Beschluss vom 18. September 2001 hat der Senat den Senator für Bau und Umwelt beauftragt, ein zentrales Geodaten-Management (GeoDM) einzurichten und ein Konzept für die Geodateninfrastruktur zu entwickeln.

Die Funktion „Zentrales Geodaten-Management für die Freie Hansestadt Bremen“ wurde in der bisherigen Konzeptionsphase kommissarisch vom Senator für Bau, Umwelt und Verkehr wahrgenommen. Die endgültige organisatorische Anbindung des GeoDM für die Phase der Realisierung einer bremischen Geodaten-Infrastruktur (GDI.FHB) steht noch aus.

Ein Realisierungskonzept für die Geodateninfrastruktur Bremen mit einer umfangreichen Analyse zu vorhandenen Datenbeständen und -bedarfen sowie der erforderlichen Schritte zur Einrichtung einer GDI.FHB nebst organisatorischer Empfehlungen liegt vor. Die darin entwickelten Ansätze für eine Organisationsempfehlung⁸) entsprechen weitgehend dem Vorgehen der nordrhein-westfälischen Landesregierung, alle potenziell oder temporär betroffenen Ressorts und bereits existierende Einrichtungen zu beteiligen, allgemein akzeptierte Regelwerke zu den Entscheidungsfindungs- und Kommunikationsprozessen zu erstellen, die Möglichkeit zu schaffen, bei Bedarf die Belange oder Empfehlungen der Wirtschaft und Wissenschaft einzubeziehen sowie eine Schnittstelle zur Vermarktung der Geoinformation einzurichten.

7) Quelle: INSPIRE (Infrastructure for Spatial Information in Europe) – Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Schaffung einer Raumdateninfrastruktur in der Gemeinschaft (INSPIRE) – vom 23. Juli 2004 (KOM [2004] 516) <http://www.ec-gis.org/inspire/>

8) Quelle: siehe Fußnote 5, Seite 46 bis 51.

Die empfohlene Einbeziehung der Wirtschaft findet seine Analogie in der Organisation für das Bund-Länder-Vorhaben „Geodateninfrastruktur für Deutschland (GDI-DE)“, die auf der Grundlage aktueller CdS- und MPK-Beschlüsse⁹⁾ unter der Federführung des Bundes Ende 2004 ins Leben gerufen worden ist (siehe hierzu Organigramm unter Frage 8).

Das weitere Vorgehen beim Aufbau einer Geodateninfrastruktur für die Freie Hansestadt Bremen wird zurzeit von SBUV im Dialog mit den Senatsverwaltungen und mit dem Magistrat Bremerhaven erarbeitet und auf Einsparmöglichkeiten durch organisatorische Lösungen, die Zusammenarbeit mit anderen Ländern über das Vorhaben GDI-DE und über PPP-Lösungen mit der Wirtschaft ausgerichtet. Aus dem Vorhaben GDI-DE wird erwartet, dass bereits an anderer Stelle existierende Module kostengünstig in die bremische GDI- und E-Government-Umgebung implementiert werden können.

3. Wie gestaltet sich die Koordinierung bei der Zusammenführung von Datenbeständen verschiedener Behörden im Land Bremen durch das Geodaten-Management, gibt es technische Probleme (u. a. Inkompatibilität)?

Geodaten sind in vielfachen Ausprägungen in den Dienststellen vorhanden. Die Palette reicht von Verzeichnissen mit Fachdaten, die über postalische Adressen (Straße, Hausnummer) „verortet“ und auf Karten dargestellt werden könnten, über vorhandene (analoge) Kartendarstellungen von Fachinformationen auf Papier, zu digitalen Karten in speziellen Geoinformations-Systemen (GIS) bis hin zu digitalen Karten und Fachinhalten, die nach bundesweit abgestimmten Standards modelliert und über Internet-Server bereits verfügbar sind (z. B. Geobasisdaten der Kataster- und Vermessungsverwaltung). Häufig existieren zu den Daten keine Metadaten (Daten über Daten), die dem Nutzer Auskunft über die Qualität, Aktualität oder Schutzwürdigkeit der Daten geben könnten.

Die heutige Beschaffung von Geofachdaten und deren Umsetzung in einheitliche Formate ist für die Anwender häufig wegen inkompatibler Systeme und Strukturen zeitaufwändig und damit kostenintensiv.

Zur Nutzbarmachung der vorhandenen (analogen) Karten über das Internet müssen diese zumindest über Rasterung digitalisiert und georeferenziert (Wo liegt der Kartenausschnitt auf der Erdkugel?) werden. Vorhandene digitale Daten sind in nahezu allen Fällen auf Rasterformate übertragbar, so dass auch diese Daten ins Internet gestellt werden könnten. Hier kommen weniger technische oder organisatorische Probleme zum Tragen als vielmehr die Finanzierung der erforderlichen Umsetzungsarbeiten. Deren Nutzen wäre allerdings groß, da ca. 80 % aller Geodaten-Nutzer einfache Rasterbild-Karten als ausreichend ansehen. Daneben ist aus Sicht hochspezialisierter Fachanwender die Bereitstellung einheitlich modellierter flächendeckender (Vektor-)Fachdaten zu betreiben. Entsprechende Planungen wie z. B. für die flächendeckende Bereitstellung der automatisierten Liegenschaftskarte liegen bereits vor. Auch in diesen Fällen liegen die Probleme eher in der Finanzierung und weniger in der Technik.

Vorhandene proprietäre (herstellerspezifische) Systeme müssen beim nächsten Generationswechsel durch neue Technologien ersetzt werden, die internationale GDI-Standards unterstützen. Wichtig ist nur, dass künftig im „Konzern Bremen“ bei Neubeschaffungen von GIS- und Geodaten-Servern die auf GDI-DE abgestimmten, bzw. noch zu vereinbarenden Standards neben den in der Bremer E-Government-Strategie vorgeschriebenen konsequent eingehalten werden. Nur über die somit geschaffenen einheitlichen Schnittstellen zwischen den Daten-Servern und dem Internet lassen sich alle digital vorhandenen Daten Schritt für Schritt standardisiert verfügbar machen. Hier gilt es, über gemeinsame Anstrengungen aller Ressorts auf eine herstellerunabhängige technische Standardisierung und das Bereitstellen von Metadaten hinzuwirken. Mit dem dadurch entstehenden technischen Netzwerk und den darüber verfügbaren Daten werden die wesentlichen Voraussetzungen für eine umfassende und somit wirtschaftliche Nutzung der vorhandenen Geoinformationen geschaffen.

9) Besprechungen der Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder – Beschlüsse vom 27. November 2003 und 18. November 2004.
Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs der Länder am 16. Dezember 2004.

Technische Hindernisse liegen zurzeit noch in der aktuellen Realisierung des bremischen Verwaltungsnetzes (BVN) und dessen sicherheitstechnischen Einrichtungen. Beispiele sind unter anderem die teilweise unzureichenden Leitungskapazitäten für größere Datenmengen, die Schwierigkeiten aufgrund der zentralen Firewall zwischen Intra- und Internet und die Sternstruktur des Netzes über einen zentralen Knoten, die somit keine Zugriffe auf benachbarte Server erlaubt. Technische Lösungen für die aufgezeigten Probleme sind vorhanden, deren Umsetzung ist letztendlich eine finanzielle Frage.

4. Wie bewertet der Senat die länderübergreifende Zusammenarbeit bei der Nutzung von Geoinformationen, und gibt es Schnittstellen zur Wirtschaft?

Die länderübergreifende Nutzung von Geoinformationen wird zurzeit schon intensiv auf dem Sektor der Geobasisdaten praktiziert, die in so genannten Zentralen Stellen zu einheitlichen „nahtlosen“ Datenbeständen zusammengeführt werden. Bundesweit verfügbar¹⁰⁾ oder im Aufbau befindlich sind mittlerweile folgende Datenbestände:

- Digitale Topographische Karten
(Karten im Rasterformat, Maßstäbe 1 : 25.000 bis 1 : 1.000.000),
- Digitale Geländemodelle (3-D-Darstellung der Geländeoberfläche),
- Digitale Landschaftsmodelle
(das Basis-DLM entspricht inhaltlich in etwa der Deutschen Grundkarte 1 : 5.000),
- Digitale Orthophotos (maßstäbige georeferenzierte Luftbilder),
- Korrekturdaten für die hochgenaue Satellitennavigation (SAPOS[r]),
- Hauskoordinaten (Umsetzung postalischer Adressen in Koordinaten).

Hauptnutzer dieser bundesweit flächendeckenden Datenbestände sind bereits heute neben der Bundesverwaltung, der Bundeswehr und dem Katastrophenschutz überregional tätige Unternehmen wie die Energieversorger, Logistikunternehmen, die Immobilien- und die Versicherungswirtschaft sowie Wirtschaftsunternehmen/Filialisten mit dem Interesse für Standortplanung und Geo-Marketing (Marktuntersuchungen auf der Basis von Geodaten).

Auch im Umweltbereich werden die Entwicklungen auf dem Geoinformationssektor, die Datenerhebungen und -präsentationen zwischen den Bundesländern insbesondere auch im Hinblick auf die besondere Informationsverpflichtung aus dem Umweltinformations-Recht heraus, seit Jahren intensiv abgestimmt.

Die länderübergreifende Zusammenarbeit beim Aufbau einer Geodaten-Infrastruktur für Deutschland (GDI-DE) hat im Dezember 2004 mit der konstituierenden Sitzung des GDI-Lenkungsgremiums, in dem alle Länder, die Bundesverwaltungen und die kommunalen Spitzenverbände vertreten sind, begonnen. Diesem Lenkungsgremium auf Verwaltungsseite steht die GIW-Kommission (GeoInformationsWirtschaft) zur Seite, in der Wirtschaftsverbände die bundesweiten GDI-Entwicklungen begleiten werden (siehe Organigramm zu Frage 8).

Eine Schnittstelle zur bremischen Wirtschaft wird auch im Realisierungskonzept für die GDI.FHB durch Bildung eines Beratungsgremiums mit örtlichen Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft empfohlen.

5. Welche Anwendungsgebiete für Geoinformation haben aus der Sicht des Senats besondere Bedeutung im Lande Bremen?

Neben dem Optimierungspotenzial für die Geschäftsprozesse in nahezu allen öffentlichen Verwaltungen, die aus der besseren Nutzungsmöglichkeit vorhandener Geodaten erwachsen, ergeben sich langfristig Perspektiven für folgende Anwendungsfelder:

10) siehe <http://www.geodatenzentrum.de/>
oder <http://www.lverma.nrw.de/produkte/liegenschaftsinformation/gebaeudeinfohauskoordinaten/Hauskoordinaten.htm>
oder <http://www.sapos.de/index.htm?ansprechp.htm>

- Information der Bürger/Neubürger und Unternehmen,
- Applikationsentwicklung für UMTS-Technologie (mobile solutions),
- Leitungskataster,
- Immobilienwirtschaft und Liegenschaftsmanagement,
- Bau- und Wohnungswirtschaft,
- Hafenwirtschaft und Logistik,
- Verkehrswesen, Transportwesen und Flottenmanagement,
- Umwelt- und Naturschutz,
- Katastrophenschutz und Krisenmanagement,
- Kriminalitätsbekämpfung,
- Gesundheitswesen,
- Tourismus und Stadtmarketing,
- Handwerk und Handel,
- Bildung und Forschung.

Wegen des Nutzens der Geoinformationen für alle Wirtschaftsbereiche kann eine Darstellung der Rangfolge an dieser Stelle nicht erfolgen. Eine Evaluation der wirtschaftlichen Bedeutung erfordert zunächst gezielte Marktanalysen und die intensive Prüfung der hinterlegten Geschäftsmodelle.

6. Beabsichtigt der Senat im Zuge der Öffentlichkeitsarbeit auf die Bedeutung von Geoinformationen hinzuweisen?

Prototypische GDI-Anwendungen (z. B. EU-Projekt Geoshare¹¹) wie auch das Vorhaben GDI.FHB sind bereits der Fachöffentlichkeit präsentiert worden. Die ortsansässige und regionale GI-Wirtschaft ist über die Einbeziehung in Interviews und Workshops bereits über das Vorhaben GDI.FHB informiert. Eine weitere intensive Beteiligung erfolgt auf Fachebene.

Im Zuge der Entwicklung eines Geoportals und in der anschließenden Aufbau-phase ist eine dem Fortschritt der Arbeiten entsprechende Öffentlichkeitsarbeit insbesondere im Zusammenhang mit der Initialisierung neuer Nutzungen und Anwendungen vorgesehen.

7. Inwieweit schränken Urheber-, Nutzungsrechte- und Datenschutzfragen die Verwendung von Geodaten ein?

Nutzungseinschränkungen aus dem Urheber- und Datenschutzrecht sind auch in einer GDI.FHB in jeder Hinsicht zu wahren. Softwarelösungen für die Steuerung des Datenzugangs für ausschließlich autorisierte Nutzer und zur Wahrung des Urheberrechts über digitale Wasserzeichen sind bereits auf dem Markt verfügbar und sollen in der GDI.FHB zum Einsatz kommen.

Eine Änderung des Vermessungs- und Katasterrechts ist dahingehend beabsichtigt, dass auch die für viele Nutzungen interessanten Kartendarstellungen des Liegenschaftskatasters vom bisherigen Zugangskriterium „berechtigtes Interesse“ entkoppelt werden, um diese der Internet-Nutzung zugänglich zu machen. Mit den in 2004 überarbeiteten Gebührenvorschriften im amtlichen Vermessungswesen sind bereits entscheidende Weichenstellungen erfolgt, die es erlauben, über die Entgeltregelungen für nichthoheitliche Produkte flexible Anpassungen an die Marktlage auf dem Geodatenmarkt vornehmen zu können.

Eine effektive und kostengünstige Nutzung vorhandener Geobasisdaten innerhalb der Verwaltung soll durch den angestrebten Abschluss von globalen Nutzungs- und Entgeltvereinbarungen mit den Geobasisdaten-Anbietern gewährleistet werden.

Dem Bürger sollen über das Internet grundlegende Geobasisdaten, die großräumige Sachverhalte darstellen und der Orientierung dienen, zur Verfügung

11) siehe <http://geoshare.tzi.de/wasser/>

gestellt werden. Ein Beispiel ist der bereits unter www.bremen.de frei nutzbare Stadtplan mit Adressnavigation. Ob weitere digitale Karten kostenfrei verfügbar gemacht werden können, ist noch auf das Vorgehen anderer Länder und die finanziellen Möglichkeiten der FHB abzustimmen.

8. Inwieweit ist das Land Bremen im ständigen Interministeriellen Ausschuss für Geoinformationswesen (IMAGI) unter der Federführung des BMI vertreten?

Der interministerielle Ausschuss für das Geoinformationswesen (IMAGI) ist ein Ausschuss der Bundesverwaltungen. Die Freie Hansestadt Bremen ist demzufolge nicht in diesem Ausschuss vertreten. Die Verknüpfung zu diesem Gremium besteht jedoch indirekt über die neu eingerichtete Geschäftsstelle des Bund-Länder-Vorhabens GDI-DE, die bei der Geschäftsstelle des IMAGI angesiedelt ist.

Die Freie Hansestadt Bremen ist auf Bundesebene im Vorhaben GDI-DE

- auf politischer Ebene im Arbeitskreis der Staatssekretäre für E-Government und Deutschland-Online in Bund und Ländern,
- auf fachpolitischer Ebene im Lenkungsgrremium GDI-DE präsent (siehe folgendes Organigramm zu GDI-DE).

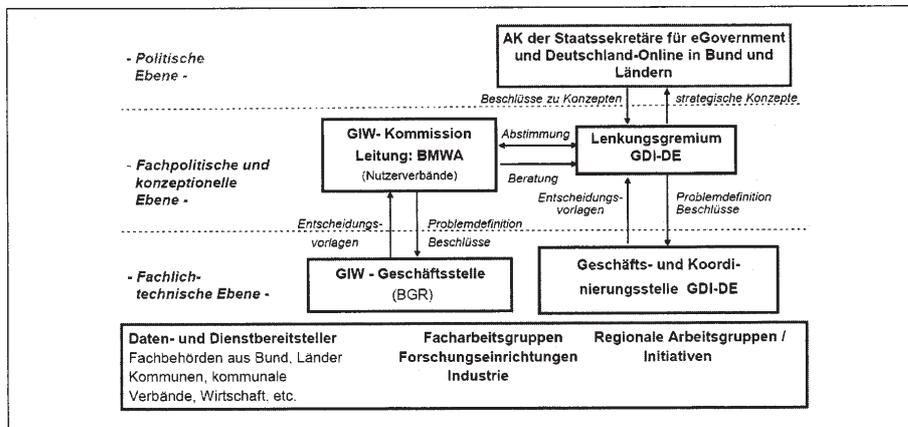


Abbildung: Organisationsstruktur für den Aufbau von GDI-DE¹² mit politischer Ebene, fachpolitisch/konzeptioneller Ebene und fachlich/technischer Ebene.

12) Quelle: <http://www.bmwa.bund.de/Redaktion/Inhalte/Pdf/geoinfowirtschaft-vortrag-herr-hochreiter,property=pdf.pdf>